

Preisbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstage 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Herriot bildet die neue Regierung.

Auf der Grundlage der vereinigten Linken.

Paris, 19. Juli. (WIB.) Havas zufolge bestätigt es sich, daß im Laufe des Abends Herriot ein Kabinett auf der Grundlage der Vereinigung der Linken gebildet haben wird. Nach den umlaufenden Gerüchten ist etwa mit folgender Verteilung der Portefeuilles zu rechnen: Herriot Ministerpräsident und Außenminister, de Monzie Finanzminister, Rene Renoult Justizminister, Chaumets Innenminister, Daladier Unterrichtsminister oder Kriegsminister, Dumesnil Marine und vielleicht Queuille Ackerbau. Außerdem wollen in das Kabinett eintreten Painleve, der das Kriegsministerium oder Unterrichtsministerium übernehmen wird, Andre Hesse als Kolonialminister, Loucheur als Handelsminister und le Trocquer als Minister für öffentliche Arbeiten. Herriot soll außerdem beabsichtigen, Jourdain als Pensionsminister beizubehalten. Es wird behauptet, daß der Senator Henry Cheron als Budgetminister in Aussicht genommen ist.

Danach wäre die neue Regierung so gut wie perfekt. Allerdings war schon bei der letzten Regierungskrise zu Beginn dieses Monats ein Ministerium Herriot bereits fertig, jedoch in der letzten Minute noch gescheitert. Man muß daher auch im vorliegenden Falle noch mit der Möglichkeit eines Mißerfolges rechnen.

Die vorstehende Ministerliste erinnert außerordentlich stark an das erste Kabinett Herriot nach den Wahlen 1924. Er hat eine ganze Anzahl seiner damaligen Mitarbeiter wieder berufen, dazu noch einige führende Politiker der gemäßigten Linken, wie Loucheur, de Monzie, Jourdain und vielleicht auch den ehemaligen Mitarbeiter Poincaré Cheron, die ihm die Verbreiterung seiner Mehrheit nach der Mitte zu sichern dürften.

Trotzdem ist der Grundzug dieses Ministeriums ein kräftiger Rück nach links, man könnte fast sagen, daß das neue Kabinett eine Kampfgovernment der Linken sein wird. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß die von Léon Blum in seinem Brief an Herriot in Aussicht gestellte Unterstützungspolitik durch die Sozialisten Wirklichkeit werden wird. Allerdings machen die Sozialisten diese Unterstützung von der Einführung der Kapitalsabgabe abhängig. Ob sich nun die neuen Minister auf diese Formel ohne weiteres einigen werden, ist jedoch noch keineswegs sicher, so daß man hinsichtlich der künftigen Haltung der sozialistischen Fraktion gegenüber der neuen Regierung noch auf Überraschungen gefaßt sein muß.

Neuer Frankensturz.

Der französische Franken steht schlechter als der belgische.

Der französische Franc war heute vormittag an der Berliner Börse der Spielball wilder Spekulation. Die Kurse schwankten folgendermaßen: Für 1 Pfund Sterling (20 Goldmark) wurden noch einander gezahlt 218, 230, 235, 224, 225 französische Francs. Im Durchschnitt erhielt man also nach den Kurzen des Freiverkehrs für 1 Mark 11,25 Francs, etwa 1,20 Fr. mehr als am Sonnabend. Wie sehr die Spekulation sich auf die politischen Vorgänge in Frankreich stützt, geht aus einem Vergleich mit dem belgischen Franc hervor, der mit 215 Fr. je Pfund ziemlich stabil blieb.

Die unvermeidliche Folge des Sturzes der Regierung Briand-Cailleau ist eingetreten: mit rasender Geschwindigkeit saust der französische Franc abwärts. Die französische Hochfinanz und mit ihr die internationalen Valutahändler können mit dem Franken bequem spekulieren, ist ihnen doch durch das Scheitern aller Sanierungsversuche zunächst einmal die Bahn gänzlich frei gegeben. Die Stabilisierung des Franken ist auf unbestimmte Zeit vertagt. Sie kann erst wieder in Angriff genommen werden, wenn eine arbeitsfähige Regierung vorhanden ist. Nachdem bereits in der letzten Zeit zwei Kabinette über den Versuch einer Sanierung gestürzt sind, wird man der Waisenspekulation gar nicht so unrecht geben können, wenn sie daran zweifelt, daß überhaupt in absehbarer Zeit eine Einigung in dieser lebenswichtigen Frage zustande kommt. Auch die Marktspekulation hat vor Jahren aus derartigen Kabinettstürzen immer ihre stärksten Angriffsmomente gegen die Papiermark geschöpft.

Nach vor wenigen Tagen stritt man darum, ob das Kapital oder der Verbrauch die Mehrleistung aufbringen sollten, die zur Sanierung der französischen Staatsfinanzen notwendig ist. Seit Sonnabend ist der französische Franc um 12 Prozent gesunken. Ebenso hoch ist die radikale und unsozialste Steuer gestiegen, die es in der ganzen Finanzpolitik gibt, die Inflationssteuer. Französische Bauern, Rentner und Arbeiter zahlen diese Steuer. Das Kapital aber flüchtet aus der Währung.

Die Entwicklung der französischen Währung kann die deutsche Arbeiterschaft nur mit größter Sorge erfüllen. Schon haben Schwerindustrie und Landwirtschaft bei der Reichsregierung ihre Forderungen dahin angemeldet, daß gegen das Dumping univalutarischer Staaten erhöhte Einfuhrzölle geschaffen werden sollen. Die Arbeiterschaft kämpft gegen diese neuen Zollmauern mit

aller Kraft. Jeder neue Frankensturz aber ist unseren Hochschützöllnern, den Reaktionären und Feinden einer deutsch-französischen Verständigung eine willkommene Unterstützung. Selbst wenn die Reaktionäre mit ihren Forderungen nicht durchdringen, wird die deutsche Arbeiterschaft einen erheblichen Teil der Frankeninflation aus ihrer Tasche bezahlen. Die Schleuderausfuhr Frankreichs, die durch jede Währungsverschlechterung begünstigt wird, beraubt nämlich die deutsche Industrie an vielen Stellen des In- und Auslandsmarktes ihrer Absatzmöglichkeiten. So muß die Arbeitslosigkeit in den betroffenen deutschen Gewerbebezügen zunehmen. Auf diese Weise wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft die Valutagewinne der internationalen Spekulation mitbezahlen helfen, ob er will oder nicht. Dem französischen Arbeiter aber entzieht jeder Frankensturz einen Teil der Kaufkraft seines Lohnes.

Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der für die Deffentlichkeit etwas überraschende Sturz des Ministeriums Briand-Cailleau wird am Sonntag in der gesamten Linkspresse Frankreichs als ein ausgesprochenes

Sieg des republikanischen Gedankens über die Diktaturgefühle des Finanzministers Cailleau

gefeiert. Alle Blätter betonen, daß jetzt, wo die Bahn für die demokratischen Parteien frei sei, der Präsident Doumergue schnell die Krise lösen und einen Mann mit der Kabinettsbildung beauftragen müsse. Dieses Kabinett müsse, so wird weiterhin besonders in der radikalen-sozialistischen und bürgerlichen Linkspresse betont, möglichst ein Ministerium der „nationalen Einheit“ sein. Im übrigen scheinen aber die Blätter sich über die Schwierigkeiten dieser Kombination wenig Rechenschaft abzulegen. Sie scheinen vor allem zu vergessen, daß die Bildung dieses Kabinetts der nationalen Einheit von mehreren Vorgängern Briands vergeblich versucht worden ist. Doumergue scheint entschlossen zu sein, angesichts der Gefährlichkeit der politischen und der Währungsfrage eine möglichst rasche Lösung herbeizuführen. Er hat deshalb im Laufe des Sonntagmorgens Herriot neben zahlreichen anderen Persönlichkeiten empfangen und ihn mit der Kabinettsbildung betraut. Herriot hat diese übernommen.

Im übrigen kam es, als Herriot vor dem Elysée, dem Palais des Präsidenten der Republik, vorfuhr, zu einer bezeichnenden feindlichen Rundgebung des Publikums. Vor den Toren des Elysées hatte sich eine Menschenmenge eingefunden, die neugierig auf die Ereignisse wartete. Als das Automobil des Kammerpräsidenten Herriot vorfuhr, erscholl aus der Menge ein

wüßtes Johlen und Pfeifen.

gemischt mit Rufen: „Nieder mit Herriot!“ Starke Polizeikräfte griffen sofort ein. Es kam zu unblutigen Zusammenstößen. Die Zugänge des Elysées werden seither von Neugierigen freigehalten. Diese Rundgebung ist für die in Paris deutlich fühlbare Sorge bezeichnend, die in weitesten Kreisen der französischen Bevölkerung angesichts dieser plötzlich hereinbrochenden Krise herrscht, von der man eine Verschärfung der Frankfurter befürchtet. Herriot hat sofort seine Besprechungen ausgenommen.

Erklärungen Herriots über die Lage.

Paris, 19. Juli. (WIB.) Gestern abend erklärte Kammerpräsident Herriot nach Verlassen des Elysées, wo er dem Präsidenten der Republik über seine Verhandlungen berichtet hatte, Vertretern der Presse, über seine Eindrücke und Absichten befragt:

„Aus den letzten Kammerdebatten hat sich die Wahrnehmung ergeben, daß zwei Methoden einander gegenüberstehen, nämlich die Methode der auswärtigen Anleihe und die Methode der allgemeinen Anstrengung, zwischen denen die Wahl getroffen werden muß, des weitern, daß die Mehrheit der Kammer dem Versuch geneigt sei, eine Lösung mit inneren Mitteln zu sichern. Diese letztere habe ich im Verlaufe meiner Besprechungen genauer zu umschreiben gesucht und mich dabei bemüht, ihr jeden inquisitorischen und selbst politischen Charakter zu nehmen.

Ich bemühe mich, mühsamende Arbeit zu leisten, und suche die Finanz- und Währungsfrage zu bessern. Unter diesen Bedingungen habe ich meine Besprechungen fortgesetzt. Ich suche eine Formel, um diese Bemühungen wirksam zu machen. Ich bin überzeugt, daß die Herabsetzung der schwebenden Schuld durch eine nationale Anstrengung geschehen muß. Um hierfür die nötige Stimmung herzustellen, muß man die Bemühung als einen Schritt zur Rettung des Vaterlandes erkennbar machen, man muß dieses Wort gebrauchen, genau so wie zur Zeit des Krieges. Das liegt im Interesse jedes einzelnen wie im Interesse aller. Was ich mit bestem Gewissen suche, ist die Formel, die es gestattet wird, diese Bemühung zu verwirklichen. Morgen vormittag werde ich mit einigen Persönlichkeiten, mit denen ich heute noch nicht habe Fühlung nehmen können, verhandeln und alsdann mit der Bildung des Kabinetts beginnen. Gegen 1 Uhr 30 werde ich mich zum Präsidenten der Republik begeben, um ihn über den Fortgang der Bildung meines Kabinetts in Kenntnis zu setzen.“

„Agence Havas“ glaubt, daß die Formel, für die sich Herriot entschieden habe, eine Politik der Vereinigung der Linken sei.

Nach Briands Sturz.

Die Haltung der französischen Sozialisten.

(Von unserem französischen Mitarbeiter.)

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

durch eine Mehrheit aus Sozialisten, Kommunisten, Radikalsozialisten, Blochnationalisten und Vertretern der alleräußersten Rechten gestürzt war, wurde in den Wandelgängen der Kammer keine Frage eifriger erörtert, als die des Eintritts der Sozialisten in die neu zu bildende Regierung. Die Rolle, welche die sozialistische Fraktion in der Finanzdebatte gespielt hat, war so groß, der Eindruck, den das mehrfache Eingreifen Blums hinterlassen hat, so tief, daß man es diesmal für unvermeidlich hielt, daß die Sozialisten eine bejahende Antwort geben müßten, wenn Herriot, mit dessen Beauftragung zur Bildung des Ministeriums von vornherein auf allen Seiten gerechnet wurde, eine unzweideutige Aufforderung an sie richten würde. Die Antwort auf diese Frage ist rasch erfolgt und unter Umständen, die innerhalb und außerhalb der Partei zu äußerst lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben werden.

Ein Zufall wollte es, daß am Sonntag der erweiterte Parteivorstand, wie er auf Grund der Beschlüsse von Clermont-Ferrand gebildet worden ist, seine erste Vollsitzung in Paris abhielt; eigentlich, um andere Fragen, unter anderem die der Tätigkeit Paul Boncourts als Delegierter Frankreichs für den Völkerbund zu erörtern. Durch die am Samstag abend ausgebrochene Krise wurde eine Aenderung der Tagesordnung erzwungen und eine gemeinsame Tagung des erweiterten Parteivorstandes mit der Parlamentsgruppe herbeigeführt. Nun sind aber seit Clermont-Ferrand die Vertreter der Minderheit, die sich seit Jahr und Tag im Prinzip für die Beteiligung an einem von Radikalsozialisten gebildeten Ministerium ausgesprochen haben, freiwillig dem neuen Parteivorstand ferngeblieben, so daß lediglich die jeder Beteiligung feindlich gesinnte Strömung im erweiterten Parteivorstand vertreten war. Andererseits hatten es die Umstände mit sich gebracht, daß der größte Teil der sozialistischen Abgeordneten schon am Freitag zur Propaganda in die Provinz abgereist war, so daß der Sitzung der Fraktion am Sonntag Lage und Schreibe von 97 Mitgliedern nur 13 beiwohnten. Als die Fraktion und der Parteivorstand zusammentraten, traf ein Schreiben von Herriot ein, der die sozialistische Partei offiziell zur Mitarbeit aufforderte. Zyromski wollte sofort einen Antrag zur Annahme bringen, der ohne jede weitere Diskussion das Angebot Herriots ablehnte und ausdrücklich betonte, daß die Mitarbeit der Sozialisten Herriot weniger als irgendeinem anderen Politiker gewährt werden könne (?), und zum Schluß erklärte, daß die Partei nur eine eigene Regierung ins Auge fassen könne. Im Verlauf einer heftigen Debatte kam es sogar zu persönlichen, tätlichen Zusammenstößen zwischen dem Abgeordneten Parra, der den Vorschlag führte, und Zyromski. Schließlich wurde der von Blum und Renaudel bekämpfte Antrag abgelehnt und die Entsendung einer aus Blum, Auriol und Renaudel bestehenden Abordnung zu Herriot beschlossen. Ihnen erklärte Herriot, er sei bereit, den Sozialisten etwa die Hälfte der Ministerposten zu überlassen und sich in großen Linien das von Blum vertretene Finanzprogramm zu eigen zu machen, wenn die Partei in die Regierung einträte. Er sei natürlich gezwungen, die Grundlagen seines Kabinetts nach rechts zu erweitern, wenn die Sozialisten auch diesmal nicht eintreten wollten. Die Abordnung erstattete dann in der gemeinsamen Sitzung des erweiterten Parteivorstandes und der 13 Abgeordneten Bericht über die Unterredung mit dem bisherigen Kammerpräsidenten. Nach vier Stunden leidenschaftlicher Diskussion, in deren Verlauf sich Léon Blum, wie schon früher, gegen den Eintritt in ein Kabinett Herriot aussprach, während Renaudel und Auriol für die Beteiligung eintraten, wurde beschlossen, die Einladung zum Eintritt in die Regierung auch diesmal abzulehnen, Herriot jedoch wieder die Unterstützung der Sozialisten in Aussicht zu stellen. In einem kurzen Antrag des Parteivorstandes und einem Schreiben an Herriot wurde diese Ablehnung so zum Ausdruck gebracht, daß die Fraktion Herriot für sein Angebot dankt, jedoch die Versicherung hinzufügt, daß sie seine Stellung als Ministerpräsidenten durch ihren Nichtertritt eher zu befestigen als zu schwächen hoffe und wünsche. Renaudel, Auriol und andere erklärten, mit dieser Ablehnung nicht einverstanden zu sein. Renaudel kündigte sogar an, daß er durch einen Offenen Brief sein Nichtverständnis vor der öffentlichen Meinung des Landes zum Ausdruck bringen wolle, auf Drängen Auriols beschränkte er sich schließlich auf die Erklärung, daß diese neuerliche Ablehnung der Beteiligung an der Regierung in Frankreich bis tief in die Arbeiterkreise hinein ein Aufsehen erregen wird, dessen Folgen nicht abzusehen sind. Zwar ist Herriot entschlossen, diesmal unter allen Umständen ein Kabinett zu bilden und sich auch mit der Unterstützung durch die Sozialisten zufrieden zu geben. Aber ob das neue Kabinett, in das Herriot zwar weder Vertreter des Nationalen Blocks von Louis Marin noch der Fraktion Bokanowski, jedoch Vertreter der vom Nationalen Block losgelösten Le-Trocquer-Gruppe berufen will, von Dauer sein wird, erscheint allgemein als zweifelhaft.





# Gewerkschaftsbewegung

## Das Jahrbuch des IGB.

Das soeben in deutscher, französischer und englischer Sprache erschienene vierte Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes enthält auf etwa 685 Seiten ein Zahlen- und Adressenmaterial, dem sich in gleicher Reichhaltigkeit und Sorgfalt der Zusammenstellung kaum ein anderes Jahrbuch der modernen Arbeiterbewegung vergleichen kann.

Nach diesen neuesten Aufstellungen waren dem Internationalen Gewerkschaftsbund am 31. Dezember 1924, dem letzten Datum, bis zu dem überall abgeschlossenes Zahlenmaterial vorliegt,

**13,1 Millionen organisierte Arbeiter angeschlossen,**

wovon u. a. 4,3 Millionen auf Großbritannien, 3,9 Millionen auf Deutschland, 828.000 auf Deutschösterreich, 576.000 auf Belgien und 553.000 auf Frankreich entfielen. In dieser Zusammenstellung fällt besonders der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe Mitgliederstand in Österreich auf, der geradezu vorbildlich genannt werden muß.

Beachtlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien, wobei allerdings hinsichtlich Belgiens und Englands insofern eine Aussonderung gemacht werden muß, als die Arbeiterparteien dieser Länder auch die Gewerkschaften mit umschließen, so daß ihre Statistik kein klares Bild ergibt. So erscheint in der Statistik der sozialistischen Parteien Belgien mit 621.000 und Großbritannien mit 3 Millionen Mitgliedern. Von diesen Ländern abgesehen, ergeben die Ziffern vom 31. Dezember 1924, die in vielen Ländern, z. B. in Deutschland, inzwischen erfreulicherweise bereits überholt sind, aber hier auf ein Datum mit allgemein vorliegenden Statistiken bezogen werden mußten, ein durchaus klares Bild. Zu diesem Zeitpunkt zählte

die deutsche Sozialdemokratie 863.000,

die österreichische Partei 568.000, die französische Partei 99.000, die dänische Partei 143.000 und die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten 15.000 Mitglieder. Auch hier zeigt sich also das gleiche Bild wie auf dem gewerkschaftlichen Gebiete, daß verhältnismäßig kleine Länder die besten und festgefügtsten Parteien aufweisen.

Auch des Mittels der graphischen Darstellung im Mehrfarbendruck hat man sich mit Erfolg bedient, um das Stärkeverhältnis gegenüber den Gewerkschaften anderer Richtungen anschaulich hervortreten zu lassen. Diese Darstellungen lassen überaus anschaulich erkennen, daß schon am 31. Dezember 1924 die Periode des zeitweiligen Rückganges wieder überwunden war und

ein neuer Aufstieg

einsetzte. Das Jahrbuch, das in der Amsterdamer Parteidruckerlei „Noordnavig“ hergestellt wurde, ist auch in seiner drucktechnischen Aufmachung des auf seinen Inhalt verwandten Fleißes würdig. Es sollte in keiner Gewerkschafts- oder Parteibücherei fehlen, da ein zuverlässiger Führer durch das ganze weitausgedehnte Gebiet der modernen Arbeiterbewegung als dieses Werk gar nicht gedacht werden kann.

### Was geht im Zeugamt Spandau vor?

Vom Verkehrsband wird uns geschrieben: Diese Frage ist schon einmal gestellt worden, jedoch vergeblich. Die Belegschaft des Zeugamtes befahte sich in einer Betriebsversammlung am 15. Juli mit den Dingen. Zunächst wurde festgestellt, daß die Leistungen der Betriebskrankenkasse des Reichs bedeutend hinter den Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse zurückblieben. Um dieses Uebel abzustellen, wurden die Ausschussmitglieder beauftragt, für eine Erhöhung der Beiträge einzutreten, um dadurch die Leistungen der Kasse zu erhöhen.

In der Frage der Lohnminderung kam der Anschlag des Zeugamtes zur Sprache. Vom Vertreter des Verkehrsbandes Gallentin, welcher eingehend über den Gang der Verhandlung berichtete, wurde darauf hingewiesen, daß es für künftige Verhandlungen vor allem notwendig ist, die Organisation zu stärken. Einige Redner der „niederländischen“ Gewerkschaften erklärten, daß auch sie gewillt seien, für Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Der Vertreter der freien Gewerkschaften sagte diesen Herren jedoch auf den Kopf zu, daß es ihnen gar nicht ernst sei, für die Arbeiterchaft einzutreten, ihr Bestreben gehe vielmehr dahin, gemeinsam mit der Leitung des Zeugamtes die Arbeiterchaft niederzuhalten.

Hierauf wurde die Frage aufgeworfen, ob die Leitung des Zeugamtes berechtigt sei, durch Zeugamtsbefehl von der Belegschaft zu verlangen, sich einer Schutzpostenimpfung zu unterziehen. Es wurde festgestellt, daß der Vorsitzende des Betriebsrats, Richter, von dieser Impfung schon einen Tag früher unterrichtet war, es aber nicht für nötig hielt, den anderen Betriebsratsmitgliedern davon Kenntnis zu geben. Als der Anschlag erfolgte, wurde der Vorsitzende des Verkehrsbandes sofort Mitteilung gemacht. Die Organisation setzte sich darauf telephonisch mit dem Reichswehrministerium in Verbindung, und der Vertreter desselben, Rechnungsrat Schönfelder, war der Ansicht, daß die Verordnung des Wehrministeriums auf die Belegschaft des Zeugamts Spandau nicht angewendet werden kann. Es wurde beschlossen, dafür zu sorgen, daß die Impfung unterbleibe. Trotzdem wurde die Belegschaft am 14. Juli zur Impfung kommandiert. Sie sich nun einige Arbeiter weigerten, sich der Impfung zu unterziehen, wurden sie von dem stellvertretenden Major, Hauptmann R. N., mit sofortiger Entlassung bedroht. Wenn solche Impfungen vorgenommen werden sollen, so ist die Genehmigung des Reichsgesundheitsamtes sowie die Einwilligung des Reichsministeriums des Innern einzuholen, was jedoch nicht geschehen ist. Der Verkehrsband hat am Tage der Impfung dem Reichswehrministerium davon Mitteilung gemacht. Um nun zu erfahren, welche Stelle sich diese Eigenmächtigkeit herausgenommen hat, ist ein diesbezügliches Schreiben an das Reichswehrministerium gerichtet worden.

In der Aussprache erstand durch die Ausführungen eines gewissen Ben, früher Kommunist und Syndikalist, heute Deutsch-nationaler, eine solche Unruhe, daß der Verfassungskomitee die Betriebsversammlung schließen mußte.

Der Verkehrsband wird nun eine Betriebsversammlung einberufen.

### „Die Räder“ der Teno.

Zu dem Artikel in Nummer 317 des „Bormärts“: „Wozu noch Technische Rathilfe?“ übermittelt uns der Vorstand der Teno folgende Klärung bezüglich der „Räder“:

Der Räder-Bertrag als solcher ist laut Gesellschaftsvertrag ein rein gemeinnütziges Unternehmen; Gewinne werden an die Gesellschafter nicht verteilt. Die Erträge werden zur verbilligten Abgabe der Zeitschrift an die Rathelifer verwendet. Die Hauptstelle bezieht vom Räder-Bertrag nur eine beschränkte Anzahl von Heften zur Abgabe an die Dienststellen im Reich. Es steht ihr frei, alle von ihr gewünschten Abhandlungen sowie Mitteilungen und Bekanntmachungen, die sie an die Rathelifer gelangen lassen will, kostenlos durch die Zeitschrift zur Veröffentlichung zu bringen.

Die Auflage der Zeitschrift setzt sich außer der beschränkten von der Teno für ihre Dienststellen bezogenen Anzahl aus Einzelbezieher und Stiftungsabonnements zusammen. Solche Stiftungsabonnements sind von den verschiedensten Kreisen getätigt worden, insbesondere von Betriebsräten, namentlich lebenswichtigen Betrieben, von öffentlichen Körperschaften, kommunalen Verbänden und Behörden, die die Wichtigkeit des Zusammenhaltens der Rathelifer anerkannt haben und hierzu innerhalb ihres örtlichen Bezirkes beizutragen willens sind. Damit ist erreicht, daß eine große Anzahl wichtiger Rathelifer, die nicht in der Lage sind, selbst die Zeitschrift zu halten, durch die Zeit-

schrift in laufender Verbindung mit der Teno gehalten werden. Die Behauptung, das 16.000 Exemplare der Zeitschrift an die Industriellen verteilt worden wären, mit dem Erhalten, Stiftungsbelegungen zu abonnieren, ist aus der Luft gegriffen und entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.

Die Stiftungen werden, was nochmals ausdrücklich betont sei, demnach lediglich zum Zwecke der kostenlosen Belieferung von Rathelifern mit den „Rädern“ verwendet. Die Technische Rathilfe als solche wird einzig und allein aus Reichsmitteln unterhalten. Der Vorwurf einer „hängenden Verbindung“ zwischen Teno und Unternehmerorganisationen ist demnach völlig ungerichtet und falsch.

Die Hauptstelle hat sich lediglich auf die „Räder“-Zeitschrift als Organ der Bestrebungen der Teno einen bestimmten Einfluß dadurch gesichert, daß einige ihrer Herren ehrenamtlich mitarbeiten. Geschäftlich ist der Bertrag vollkommen von der Teno getrennt und selbständig; er befindet sich auch nicht, wie angegeben, am Sitz der Hauptstelle, sondern in der Potsdamer Straße 83c.

### Zum englischen Bergbaukonflikt.

London, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittag wurde eine Reihe wichtiger Dokumente, welche mit der jüngsten Aktion der Kirche zwecks Herbeiführung eines Friedens im Kohlenbergbau im Zusammenhang stehen, der Öffentlichkeit übergeben, welche deutlich zeigen, daß es nicht die Schuld der Bergarbeiter sein wird, wenn die Aktion der Bischöfe zum Scheitern verurteilt sein sollte. Die Veröffentlichung besteht aus einem Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Bischof von Leeds, einem Brief der Bergarbeiter-Exekutive an den Bischof und dem Wortlaut des zwischen den Kirchenvertretern und den Bergarbeitern gemeinsam ausgearbeiteten Memorandums. In dem Briefe an Baldwin betont der Bischof, daß die Unternehmer in ihrer Unterredung mit den Kirchenvertretern ihre Meinung dahin ausgedrückt haben, daß der Kohlenbergricht eine Lösung darstelle, während die Bergarbeiter eine Haltung eingenommen hätten, welche einen entschiedenen Fortschritt darstellte. Diefen Briefe sind das Memorandum der Kirchenvereinigung sowie ein Brief der Bergarbeiter-Exekutive beigegeben, welche letztere eine formelle Annahme der bereits vor einigen Tagen übermittelten Vorschläge der Kirchenvereinigung enthält und in dem die Bergarbeiter mit größtem Nachdruck betonen, daß sie bereit sind, bei der Durchführung der Reorganisation des Kohlenbergbaues alle zur möglichen Hilfe zu leisten. Das einzige wirklich neue Licht, das durch die Veröffentlichung des Memorandums und die Antwort der Bergarbeiter auf die Situation geworfen wird, besteht darin, daß sich die Bergarbeiter in aller Form bereit erklärt haben, den Schiedspruch des zu ernennenden neutralen Schiedsrichters als verbindlich anzuerkennen, welcher Schiedsrichter nach dem Vorschlag der Bischöfe für den Fall von beiden Parteien gewählt werden soll, während des angeregten viermonatigen Waffenstillstandes keine Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern stattgefunden haben sollte.

In seiner Antwort an den Bischof betont der Ministerpräsident, daß eine Gewährung von Subsidien „angeichts der katastrophalen Konsequenzen des Arbeitskampfes im Bergbau auf die Staatseinnahmen“ außer jeglicher Diskussion steht. Der Ministerpräsident erklärt sich jedoch bereit, die Deputation der Bischöfe am Montag um 6 Uhr abends im Unterhaus zu empfangen.

Responsible für die Zeitschrift: Graf Wester; Schriftföhrer: Maria Göttern; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Oster; Heilföhrer: Dr. John Schönewald; Redaktions- und Verlagsort: Erik Rothbart; Anzeigen: K. G. Schmidt; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Bormärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## ROTOLIN-PILLEN

Das beste Mittel gegen Hals- und Lungenleiden  
Aufklebende Flugschritten kostenlos durch  
Mylus & Co., Berlin SW 61, Blücherstraße 1.

# SCHLUSS DES SAISON-AUSVERKAUFS

Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. Juli

Herren-Sportanzug Größe 44-43 . . . 11.50	Damen-Pelzjacken . . . . . 49.00	Knaben-Stoffanzug 4.90	Waschanzug 4.75
Herren-Sakko-Anzug . . . . . 18.00	Herren-Lodenjoppen . . . . . 7.00	Knaben-Schulhosen . . . . . 1.45	
Herren-Sommer- u. Winter-Ulster 24.00	Herren-Ledersportjacken braun 65- schwarz 52.00	Herren-Oberhemden aus gestr. Perkal, m. gest. Brust, Kleppmanschaft, 1 weicher u. 1 steifer Kragen 3.90	
Touristen-Anzug aus imprägniert. Loden 22.00	Breeches für Damen 9.75, für Herren . . 4.40	Selbstbinder in modernsten Mustern . 0.60	0.40
Gabardine-Sportanzug mit Breeches 27.00	Herren-Hosen gestreift 15-, 12-, 9-, 6-, 3.90 3.75	Herren-Socken bunt, viele Farben . Paar 0.30	
4 teiliger Sportanzug mit kurzer und langer Hose 39.00	Lüster-Jacketts 6.50, Waschjoppen v. 4.00	Damen-Schlüpfcr in vielen Farben . . . 0.75	
Lodenmäntel für Damen und Herren . . 15.00	Tussoranzüge imit. 25-, Tussorjacke imit. 7.00	Damen-Strümpfe leichtes Gewebe . . . . 0.30	
Damen-Mäntel moderne Stoffe u. Farben 6.50	Strand- oder Seglerhosen weiß Safin 4.90	Taschentücher weiß, gute Qualität, 1/2 Dtzd. 0.85	

## BAER SOHN A. G.

Leichte Sommer-Kleidung 7<sup>50</sup>  
die neue Hemdbluse für den Herrn von 7<sup>an</sup>

nur Chausseestraße 29-30

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
Tischgildstraße 8/9, Uhr  
**Max Adalbert**  
in  
**Das Skel**

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7510  
8 1/2 Uhr  
**Dyckerpotts Erben**

**Schiller-Th.**  
Opernplatzzeit.  
8 Uhr  
**Die Licht**  
**Isabell**

**Elite-Sänger**  
Edg. u. Ober  
Geleit  
der Original  
Magdeburger  
Elite-Sänger.  
Riesen-  
Programm!

**Pumpen**  
Koblaak  
Pumpenfabrik,  
Berlin R. 63,  
Reichshaller  
Straße 95.

**Reichshallen-Theater**  
Gastspiel der berühmten  
Dresdner Viktoria-Sänger  
Anfang 8 Uhr  
1. u. 2. Wiederauftreten der  
Stettiner Sänger

**Dönhoff-Brettel** (Saal und Garten):  
Gr. Varieté - Konzert - Tanz

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln. Lahnstr. 74/75

**Tapeten** von 25, 30, 35 Pl. an  
**Riesenauswahl,**  
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocos-  
matten nur bester Qualität in großer Auswahl.  
Artilleriestraße 36 a  
**R. Lode,**  
Ecke Elsassers Straße

**Fritz Reumann**  
Kaufmann, Reichenstraße 53  
die billige Bezugsquelle für  
Leib- u. Brot  
Nahrungsmittel aller Art.

**Photoapparate, Feldstecher**  
kaufen sie gut und preiswert im  
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

**Gardinen!**  
Sonderangebote  
und  
Gelegenheitskäufe  
in  
Künstler-  
Gardinen 2.90  
Madras-  
Gardinen 4.-  
Stores . . . 2.20  
Bettedecken  
1 bettig 4.-  
Bettedecken  
2 bettig 8.-  
Spez.-Gardinenwerkst.  
**Neukölln,**  
**Bergstr. 67**  
am Rln. bahnhof  
Kein Laden!

**Trinkt nur Sinalco**



**Die echte Bilzbrause**  
nährhaft erfrischend bekömmlich  
da aus bestem Zucker und naturreinem  
Fruchtaroma hergestellt

**Verkäufe**

**Möbel**  
Vollständiges „Prinzipal“-Metall-  
betten, Aufspringer, Metallgitter,  
Walter, Georganisations- und  
Spezialgeschäft.

Schlafschlängeln, Bettstellen, Metall-  
gitter, Aufspringer, Wandbetten  
5.-, Vollständiges 10.-, Vollständiges  
10.-, Bodenabdeckung 1.-, Doppel-  
stühle 12.-, Panzer, Schmittsche 1.-

Metallbetten mit Aufspringer 20.-,  
Vollständiges 12.-, Panzer, Schmittsche 1.-

**Möbel-Werk**, Dreierstr. 58 (Wolfs-  
platz), Reichenstraße, Wehrstr. 10.  
Bücherstempel, Spezialstempel, Dreierstr.  
10.-, Bücherei, Reichenstraße, 10.-,  
Ständchen, Aufspringer, alle Größen,  
Sofas, Fußbetten, eventuelle  
Zahlungserleichterung.

**Musikinstrumente**  
Glasne preiswert, Klaviermusik  
amt. Brunnenstraße 12

**Fahrräder**  
Einfach für 3.-, Fort Moderner ein  
Markenrad im Fahrradhaus Brun-  
nenstraße 4. Räder bis 100 cm hoch.

**Kaufgesuche**  
Gebrüder Faust, Lindenstraße 12.

## JAHRESSCHAU DRESDEN 1926

**Jubiläums-  
Gartenbau-Ausstellung**  
23. APRIL BIS OKTOBER 1926

**Internationale  
Kunst-Ausstellung**  
12. JUNI BIS OKTOBER 1926